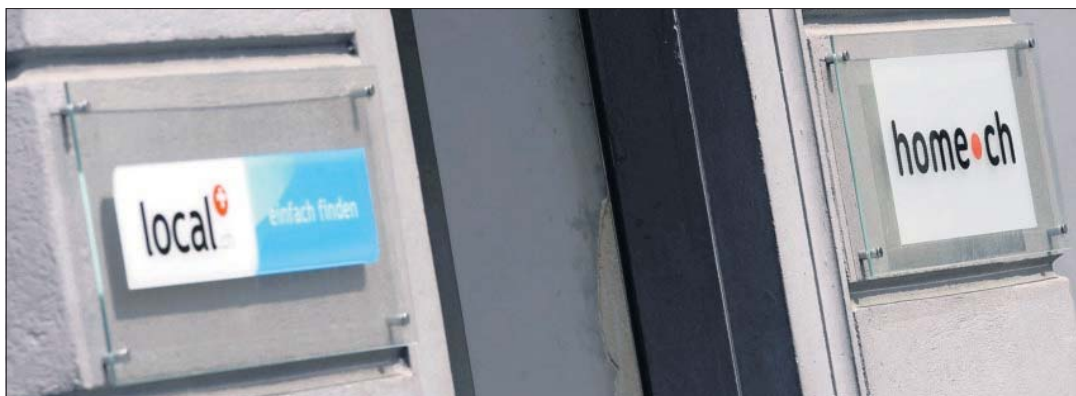


Frankreich verteidigt Alstom

PARIS sda. Frankreich hat Bedenken gegen eine Übernahme des französischen Konzerns Alstom durch den US-Konkurrenten General Electric (GE) angemeldet. Frankreich fürchte aus nationalen Gründen um den Verlust eines «grossen Entscheidungszentrums», sagte Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg der Zeitung «Le Monde» gestern. Er werde dem GE-Chef seine Bedenken mitteilen. Die Regierung arbeite an «anderen Lösungen und Szenarien», sagte er. Alstom stehe für die industrielle Stärke Frankreichs und französischen Erfindergeist.

Der Turbinen- und Zughersteller gilt als angeschlagen. Am Vortag gab es Gerüchte, wonach Alstom verkauft werden soll, was Alstom aber bereits dementierte. Die Aktien des Konzerns waren gestern auf Anordnung der Börsenaufsicht vom Handel in Paris ausgesetzt worden. Alstom beschäftigt in der Schweiz über 6500 Personen. Standorte sind Baden, Birr, Oberentfelden und Neuhausen am Rheinfluss.

Swisscom will das Filetstück



Local.ch gilt als Filetstück der Publigroupe. Tamedia und die Swisscom haben es darauf abgesehen.

Keystone/Walter Bieri

NACHRICHTEN

Edgar Oehler verlässt AFG

ARBON sda. Die Aktionäre des Bauausrüsters Arbonia-Forster (AFG) haben gestern Peter Barandun und Heinz Haller neu in den Verwaltungsrat gewählt. Gleichzeitig schied Hauptaktionär Edgar Oehler aus dem Gremium aus, weil er die Alterslimite erreicht hatte. Die Generalversammlung in Arbon verabschiedete ihn mit Applaus.

SVP-Initiative: Firmen sparen

ZÜRICH sda. Die Annahme der Zuwanderungsinitiative drückt auf die Investitionsbereitschaft der Firmen. Eine Umfrage der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich zeigt, dass 2,6 Prozent der befragten Firmen ihre Investitionen dieses Jahr senken wollen. 5,8 Prozent wollen sie für 2015 zurückfahren.

PUBLIGROUPE Die Werbermarkterin wird zerschlagen. Jetzt buhlen Swisscom und Tamedia um die besten Firmenteile. Vor allem das Adressen- und Suchportal local.ch ist von Interesse.

BERNARD MARKS
bernard.marks@luzernerzeitung.ch

Es ist ein schnelles Ende für ein traditionsreiches Schweizer Unternehmen. Die Zerschlagung der Publigroup, die 1890 gegründet wurde, ist in vollem Gang. Anfang April wurde die angeschlagene Inseratevermarkterin Publicitas an den deutschen Finanzinvestor Aurelius verkauft. Jetzt ist ein Bieterstreit um die verbleibenden Firmenteile des Konzerns mit Sitz in Lausanne ausgebrochen.

230 Millionen Franken geboten

Nachdem das Verlagshaus Tamedia sich an der Verzeichnissplattform local.ch interessiert zeigte, bietet nun auch die Swisscom mit 230 Millionen Franken will der Telekomriebe für die Anteile der

Publigroupe an der LTV Gelbe Seiten AG sowie an der Swisscom Directories AG hinblättern. Man habe der Publigroupe ein unverbindliches Kaufangebot für das Adressen- und Suchportal local.ch unterbreitet, teilte die Swisscom gestern mit. «Mit dem unverbindlichen Kaufangebot wollen wir sondieren, wie die Akzeptanz beim Verwaltungsrat der Publigroupe ist», sagte Carsten Roetz, Swisscom-Mediensprecher. «Wenn der Verwaltungsrat signalisiert, dass es in die richtige Richtung geht und er bereit ist,

«Unser Angebot ist keine Reaktion auf das Angebot von Tamedia.»

CARSTEN ROETZ,
SWISSCOM-MEDIENSPRECHER

rasch eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, werden wir ein verbindliches Angebot nachreichen», so Roetz. Local.ch gilt als Filetstück der Publigroupe und generierte 2013 einen Nettoumsatz von 200 Millionen Franken sowie ein Betriebsergebnis von 53 Millionen Franken. Mit einem Verkauf würde die Publigroupe einen Grossteil des

Umsatzes verlieren.

Bei Analysten trifft die Swisscom-Offerte auf Zustimmung. «Das würde Sinn machen», sagt Daniel Bürki von der Zürcher Kantonalbank. Denn Swisscom und Publigroupe betrieben bereits zusammen local.ch. Hier hält die Swisscom bereits 51 Prozent. LTV Gelbe Seiten AG, Swisscom Directories AG und local.ch AG operieren als ein Unternehmen mit gemeinsamer Geschäftsleitung, einer Marke – local.ch. Mit dem Kauf des Portals könne der Telekommunikationsanbieter seine Position im Schweizer Verzeichnismarkt klar ausbauen. Für Bürki ist daher der Kaufpreis von 230 Millionen Franken angemessen.

Ausserordentliche GV nötig

Die vollständige Übernahme der Plattform local.ch ist bei Swisscom schon länger ein Thema gewesen. «Unser Angebot ist deshalb auch keine Reaktion auf das Angebot von Tamedia», sagte Roetz. Die Publigroupe muss aus rechtlichen Gründen eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen, um über das Angebot der Swisscom zu befinden. An der nächste Woche stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Publigroupe wird das Übernahmeangebot noch kein Thema sein. Der Publigroupe-Verwaltungsrat teilte

mit, dass er das Angebot der Swisscom zur Kenntnis genommen habe.

Börsenwert stark gestiegen

Mit ihrem Angebot tritt die Swisscom in Konkurrenz zur Mediengruppe Tamedia. Das Zürcher Unternehmen hat vergangene Woche mitgeteilt, dass es eine Voranmeldung für ein öffentliches Kaufangebot für die Publigroupe eingereicht habe. Allerdings ist auch Tamedia primär an der Plattform local.ch interessiert. Die anderen Beteiligten der Publigroupe interessieren Tamedia weniger. Sie werde eine Weiterführung oder einen Verkauf prüfen, teilte das Zürcher Medienhaus, das unter anderem den «Tagess-Anzeiger» herausgibt, vergangene Woche mit. Tamedia bietet laut der Voranmeldung 150 Franken je Publigroupe-Aktie. Damit beläuft sich der daraus errechnete Wert der Transaktion auf rund 350 Millionen Franken. Allerdings hält Tamedia selber bereits einen Anteil von 7,22 Prozent an der Publigroupe.

Durch die Kaufangebote ist die Publigroupe-Aktie in den vergangenen Tagen stark gestiegen. Der Titel beendete den gestrigen Börsenhandel mit einem Tagesgewinn von 9 Prozent auf 173,20 Franken. Dies entspricht einer Börsenkapitalisierung von rund 380 Millionen Franken.

Wovon Russland nur träumen kann

Die Wiederauferstehung an den Kapitalmärkten ist das bemerkenswerteste Ereignis in jüngster Zeit. Mit Griechenland und Portugal sind zwei Länder der Eurozone von Gläubige(r)n geradezu euphorisch empfangen worden. Beide schienen bis vor kurzem bankrott, und ihre Anleihen wurden als Schrott bezeichnet. Sie galten als Hauptverantwortliche dafür, dass der Euro nie wirklich funktionieren und zwingend auseinanderbrechen würde. Heute können sich die entsprechenden Finanzminister kaum mehr vor all denjenigen wehren, die Kapital zur Verfügung stellen wollen – beseelt von der rosigen Aussicht, wieder regelmässig Zinsen bezahlt und Schulden getilgt zu bekommen.

Der Euro wird gegenüber Dollar, Yen und Pfund inzwischen als krisenresistente Währung geschätzt, und die dahinterstehenden Regierungen haben allesamt an Glaubwürdigkeit gewonnen – durch ihr Handeln, auch Schwachen Sorge zu tragen. Möglicherweise ist dabei der Grundsatz von Haftung und Kontrolle geritzt worden. Die Solidarität hat nicht zuletzt die starken Länder in der Eurozone weiter gestärkt. Das sind zentrale Lernerfahrungen in einem gemeinsamen Währungsraum, in dem es keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik gibt und unbequeme Entscheidungen von den einzelnen Staaten «autonom» gefällt und umgesetzt werden müssen. Griechenland und Portugal sind immer noch mitten in einer tiefgreifenden Umstrukturierung. Offenkundig ist weder die Staatsverwaltung noch die Steuereintreibung substantiell verbessert worden, ebenso wenig die Wettbewerbsfähigkeit. Die Zugehörigkeit zu einer stabilen und starken politischen sowie wirtschaftlichen Kooperation von Staaten jedoch

hat ihnen die Reintegration in das weltwirtschaftliche Leben ermöglicht.

Das ist ein Beispiel für die Reintegration in das weltwirtschaftliche Leben ermöglicht.

Davon kann Russland nur träumen. Die Stresssymptome nach konfrontativen Ereignissen, deren Ausmass wir noch nicht einschätzen vermögen, mehren sich. Russische Unternehmen sind im Ausland mit 650 Milliarden Dollar verschuldet. Bei vielen handelt

AUSSICHTEN

es sich um staatlich kontrollierte und damit implizit geschützte Unternehmen. Aber immer weniger westliche Investoren wollen oder dürfen ein Russlandrisiko eingehen. Dabei ist der Ruin in weiter Ferne. Die Staatsverschuldung ist geringer als in der Schweiz, und die Devisenreserven liegen bei über 470 Milliarden Dollar. Wer über die zweitgrössten Erdgasreserven und die achtgrössten Erdölvorkommen der Welt verfügt, hat einen langen Atem. Wie viele Nachbarstaaten sind auch wir in der Schweiz nicht bereit, auf russisches Erdgas zu verzichten. Schärfere Sanktionen, um Russland zu disziplinieren: Das könnte sich vor allem als Bumerang für Westeuropa erweisen, weshalb beiden Seiten daran liegt, die Spannungen nicht eskalieren zu lassen.

Am Kapitalmarkt in Moskau sind die Akteure dennoch stark verunsichert. Unternehmensanleihen werden nicht mehr emittiert. Der Micex als Leitbarometer für in Rubel kotierte Aktien gab seit Jahresbeginn fast 14 Prozent nach, und

der RTS-Index für in Dollar kotierte Aktien verlor gar 21 Prozent. Im ersten Quartal 2014 sind rund 64 Milliarden Dollar aus Russland abgeflossen, nach 63 Milliarden Dollar im Gesamtjahr 2013. Der Gebrauch des amerikanischen Kreditkartensystems, mit dem nach Daten der Zentralbank im letzten Jahr fast 740 Milliarden Dollar umgesetzt wurden, schwächt das Land zusätzlich. Präsident Wladimir Putin sucht dringend nach einer nationalen Alternative zu Mastercard und Visa, die sich aufgrund der Ukraine-Krise verhängten Sanktionen zurückziehen.

Russlands Wirtschaft schwächelt, die Investitionen brechen ein, und der Rubel ist stark gefallen, wodurch die Importpreise gestiegen sind. Auch ich verfüge nicht über die berühmte Kristallkugel, die einen Blick in die Zukunft erlaubt. Aber die Erfahrung lehrt, dass Russland früher oder später wieder auf einen Kurs der Kooperation mit den führenden Industrienationen (G 7 respektive G 20) zurückkehren wird. Mittel- und langfristig hat der russische Markt weiterhin Potenzial. Wer mit dem vorübergehenden Risiko umzugehen versteht, kann trotz der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit investieren – und dürfte mit hohen Renditen belohnt werden. Denn dereinst dürfte das Land auf den Kapitalmärkten wieder begrüssert werden. Dann rollt der Rubel wieder.

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

Maurice Pedernana (49) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen.

Neue Zahlen für Tele 1

TV red. Das Zentralschweizer Fernsehen Tele 1 wird täglich von rund 237 000 Personen geschaut. Dies ergibt eine aktuelle Befragung, welche Tele 1 selbst in Auftrag gegeben hat. In dieser Befragung wird unter täglich «6 bis 7 Mal pro Woche» verstanden. Rund 142 000 weitere Personen schauen den Sender 3 bis 5 Mal pro Woche. Rund 113 000 Personen nutzen Tele 1 ebenfalls, aber seltener. Tele 1 lässt die Zuschauererhebung seit letztem Jahr nicht mehr über Mediapulse durchführen.

ANZEIGE

«Löhne und Arbeitsbedingungen liegen in der Verantwortung der Sozialpartner.»

Adrian Pfenniger
CEO Trisa AG /
Vorstand IHZ

NEIN
ZUM SCHADLICHEN
MINDESTLOHN

www.ihz.ch